

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Verlagsbuchhandlung Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S.; Oberregierungsrat Hans Wied in Dresden.

Nr. 115

Dresden, Dienstag, 19. Mai

1925

Der Reichsaußenminister über Räumung und Sicherheitspakt.

Sitzung des Reichstags vom 18. Mai.

Präsident Lohde gedankt bei der Eröffnung der Sitzung des Reichstags auf den Vorfeld. Während sich die Abgeordneten von den Plätzen erhoben, sprach der Präsident den Hinterbliebenen der Opfer die Teilnahme des Reichstags aus. Er knüpfte daran die dringende Mahnung an die Aufsichtsbehörden, durch geeignete Maßnahmen der Wiederholung solcher Ereignisse vorzubeugen.

Herr Dr. Reubner (Komm.) beantragt die sofortige Beratung einer kommunikativen Interpellation und eines Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ursachen der letzten Grubenkatastrophen.

Präsident Lohde erklärt, die kommunikativen und eine in gleicher Richtung gehende sozialdemokratische Interpellation könnten nach der Geschäftsordnung heute nicht beraten werden; da gegen den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wenn nicht Widerspruch erhoben wird.

Herr Dr. Winnefeld (D. Sp.) weist die kommunikativen Angriffe auf die Beche und Aufsichtsbehörden zurück. Er erklärt unter dem Vorbehalt der Kommunizieren, die Angelegenheit könne beraten werden, wenn die Interpellationen gedruckt vorliegen. Er widerlegt die sofortige Beratung des kommunikativen Antrages.

Herr Dr. Winnefeld (D. Sp.) weist die kommunikativen Angriffe auf die Beche und Aufsichtsbehörden zurück. Er erklärt unter dem Vorbehalt der Kommunizieren, die Angelegenheit könne beraten werden, wenn die Interpellationen gedruckt vorliegen. Er widerlegt die sofortige Beratung des kommunikativen Antrages.

Der Haushalt des auswärtigen Amtes
kommt hierauf zur zweiten Beratung. In Verbindung damit stehen Interpellationen der Kommunisten über die Stellung der Reichsregierung zu der durch die Wahl Hindenburgs geschaffenen politischen Lage, zur Sicherheitsfrage und zur Verwirklichung der Grenzen des Versailles-Vertrages, ferner eine Interpellation der Sozialdemokraten über die Außenpolitik und eine Interpellation des Zentrums über die Lage im besetzten Gebiet, die vertragliche Räumung und die Sicherheitsfrage.

Herr Dr. Gorch (Dnat.) erachtet den Ausschussbericht. Der Ausschuss verlangt in einer Empfehlung eine festere Verknüpfung der Reichsämter für Heimatsdienst mit der Reichspressstelle.

In einer weiteren Empfehlung werden neue konsularische Vertretungen in Saratow, Singapur und Ceylon vorgeschlagen. — Es folgen die Ausschussberichte für die mit diesem Haushalt verbundenen Etats des Reichsministeriums des Reichsanwalts, der Reichsjustiz und des Reichspräsidenten. Die Beratung wird eingeleitet durch eine längere Rede des

Reichsaußenministers Dr. Stresemann:

Ich habe mich in voller Übereinstimmung mit dem Haushaltsausschuß befunden, als ich erklärte, daß der Abbau des auswärtigen Dienstes nicht nur endgültig beendet sei, sondern unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen uns zum Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen. Wir haben aber aus Sparmaßnahmsgründen im vorliegenden Haushaltsplan keine neuen Stellen im Innlande angefordert. Und nachdem wir bereits im Vorjahre einen Abbau allein in der Zentralbehörde um nicht weniger als 26 Proz. durchgeführt haben, sind wir jetzt im Begriff, durch Schaffung einer zweimäßigeren Organisation und einer wesentlichen Vereinigung des technischen Dienstes eine weitere Ersparnis von etwa 100 Angestellten herbeizuführen. Ich kann dagegen nicht länger die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Befüllung unserer auswärtigen Dienste lediglich nach formalen Gesichtspunkten durchgeführt wird. Unser Auslandsdienst bleibt gegenwärtig noch weit hinter der Zahl der Auslandsvertretungen zurück, welche mit vor dem Kriege unterhalten. Insbesondere sind die Interessen der deutschen Wirtschaft im Auslande noch völlig unzureichend berücksichtigt, was Sie ohne weiteres daraus erkennen, daß wir heute

nicht die Hälfte der Vorkriegskonsulate wieder erreicht haben. Wir leben mit tieferer Gebildung, wie deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß Schritt für Schritt den verlorenen Boden zurückgewinnen, und wir immer mehr im Auslande die Einsicht zurückkehrt, daß hierin keinerlei Gefahr für das Wohlstand liegt, sondern daß im Gegenteil die Früchte dieser deutschen Arbeit in erster Linie dem Wohlstand selbst zufließen. Mit ungestörter Teilnahme endlich verfolgen wir das Schicksal jener vielen Millionen Volksgenossen, die zwar durch die Bande des Blutes und der gemeinsamen Kultur mit uns untrennbar verbunden sind, die aber als Angehörige eines fremden Staates leben müssen, sei es als Folge einer langen historischen Entwicklung, sei es als Folge der Verträge von 1919. Fast überall sehen sie im Kampfe um die Erhaltung ihres Volkstums, einem

Kampfe, der um so schwerer wird, je näher sie unseren Grenzen wohnen. Unsere Wünsche und unsere Hoffnungen begleiten sie in diesem Kampfe. Daß er Erfolg haben möge, und daß das Beispiel Englands, in dem zuerst der kluge und kluge Schritt der Gewährung kultureller Autonomie an die Minderheiten getan wurde, in den anderen nationalgemäßigten Ländern Europas Nachahmung finde, das wünschen nicht nur wir als Mutterland so vieler Minderheiten, sondern das wird jeder wahre Freund einer weltlichen Völkervereinigung Europas hoffen und wünschen müssen.

Das Unglück auf Beche „Dorfstedt“.

44 Todesopfer.

Das Grubenwärtersamt im Preussischen Handelsministerium teilt dem Amtlichen Preussischen Pressedienst über das Unglück auf Beche „Dorfstedt“ in Ergänzung der bisherigen Nachrichten noch folgendes mit:

Die Zahl der Toten beträgt 44, von denen 43 geboren sind, die Zahl der Verletzten 25, davon 3 schwer und 22 leicht. Der Ausgangspunkt der Explosion liegt mit größter Wahrscheinlichkeit im Sprengstoffmagazin, wo nach 1080 kg Sprengstoff lagerten. Die Explosion hat dann die in der Nähe gelegenen Strecken und ferner hauptsächlich die erste Steigabteilung betroffen, wo 24 Mann ums Leben kamen. Die Fortpflanzung der Explosion ist durch die Gesteinsdurchdringung aufgehalten worden. Der Unfallauslöser der Grubenwärtersamtskommission ist Montag früh mit den Vorgesetzten eingetroffen. Die

Untersuchung
ist im Gange und erstreckt sich hauptsächlich auf die Ursache der Entzündung der Sprengstofflager. Der Leiter des Grubenwärtersamts ist am Sonntag an die Unfallstelle abgereist, der Oberbergshauptmann teilt am Montag ab.

Dortmund, 18. Mai.

Das Rettungswort

wurde in großartigster Weise in die Wege geleitet. Die Arbeiten waren äußerst erschwert, da durch die Explosion große Verheerungen in den Gängen angerichtet worden waren, die ein Vordringen fast unmöglich machten. Die auf der 635 Meter tiefen sechsten Sohle erfolgte Explosion war so gewaltig, daß die über Tage zum Förderstrecke führende Tür eingedrückt wurde. Im Schachte selbst aber war alles durch einander geworden, und in der zu Bruch gegangenen Strecke ein Kohlenzug ausgehakt worden. Die Rettungsmannschaften mußten, auf dem Grunde liegend, versuchen, an die verschütteten und eingeschlossenen Bergleute heranzukommen. Dabei waren sie gezwungen, ihre Rettungsausrüstung zurückzulassen. Aber alle diese Schwierigkeiten hinderten die Arbeiter nicht, ihre Kräfte aufs äußerste anzuspannen, um die noch Lebenden zu retten und die Toten zu bergen. Sie leisteten übermenschliches.

Die Toten sind in der Waschkane der Beche aufgebahrt worden. Die meisten von ihnen haben durch Gasvergiftung den Tod gefunden, andere durch schwere Verbrennungen. Weiß hat der Tod die Bergleute an der Stelle dahingerafft. So steht man einem Bergmann, der im Augenblick der Explosion mit seinem Kameraden scherzte und lachte. Er liegt nun in der Waschkane mit lächelnden Gesichtszügen auf der Totenbahn. Von den Verletzten konnte man bisher wenig über die Katastrophe erfahren.

Dortmund, 18. Mai.

Die Beerdigung der Opfer der Grubenkatastrophe wird am Mittwoch erfolgen. Die Trauerfeier wird um 10 Uhr vormittags auf dem Sportplatz Dorfstedt abgehalten. Anschließend

Wenn ich auf unsere außenpolitische Lage und unsere Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern eingehe, möchte ich zunächst mit demjenigen politischen Ereignis beginnen, das hier in den Augenblicken des vorigen Jahres den Gegenstand der ernstesten Erörterungen bildete, mit der Annahme des Dawesplans. Auch diejenigen, die damals schwere sachliche Bedenken gegen den Plan vorgebracht haben, werden darüber keinen Zweifel hegen können, daß wir ohne dieses Ergebnis kaum eine sicher fundierte Wahrung besäßen und noch heute in gleicher Weise wie jahtelang

Das Unglück auf Beche „Dorfstedt“.

44 Todesopfer.

hieran sehen sich die Trauerzüge nach den verschiedenen Gemeinden, aus denen die Toten stammen, in Bewegung. Die meisten werden in Dorfstedt beigesetzt werden.

Die Blätter melden aus Essen, man rechne mit der Möglichkeit eines Attentats. Eine andere Möglichkeit bestehe in der Selbstentzündung der Sprengstoffe infolge unachtsamer Lagerung. Schließlich wird die Frage erörtert, ob nicht das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion verursacht worden sei, da schon am vorhergehenden Tage Schlagwetter festgestellt worden waren.

Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Bergmännchen.

Dortmund, 18. Mai.
Der So-Bund der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk westliches Westfalen, erläßt einen Aufruf zur Unterstützung der vom Unglück betroffenen Familien.

Eine Interpellation der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: Das neue große Grubenunglück auf Beche „Dorfstedt“ lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die großen Gefahren, denen die Bergleute bei ihrer schweren Arbeit ausgesetzt sind. Ist die Reichsregierung bereit, eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks herbeizuführen und dem Reichstag so schnell wie möglich einen eingehenden Bericht vorzulegen? Was hat die Reichsregierung getan, um dem Befehl des Reichstages vom 19. 2. 1925 (Weisung über die Sicherheit aus Anlaß des Unglücks auf „Minister Stein“) zu entsprechen?

Das Beileid des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Brauns hat aus Anlaß des Grubenunglücks an den Betriebsrat der Beche „Dorfstedt“ an die Becheverwaltung sowie an den Oberbergmeister von Dortmund Beileidtelegramme geschickt.

Dortmund, 18. Mai.

Bei einer von der Stadtverordnetenversammlung veranstalteten Trauerkundgebung aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Beche „Dorfstedt“ kam es heute zu heftigen Lärmereien, weil den kommunistischen Stadtverordneten nicht gestattet worden war, eine Sonderrede abzugeben. Der Vorsitzende sah sich schließlich veranlaßt, die Sitzung zu schließen.

Zusammentritt der Bergarbeiterinternationalen.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Amsterdam wird angefochten der zunehmenden Grubenkatastrophen der Gefellungsarbeiten der Bergarbeiterinternationalen in Kürze zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um Maßnahmen für die Sicherheitsmaßnahmen im Bergbau festzulegen. Zur Teilnahme an der Sitzung sollen Vertreter der folgenden Länder, des Internationalen Arbeitersamtes und des Völkerverbundes eingeladen werden.

vorher im Reich um unserer inneren Zusammenhalt und unsere Erziehung ringen müßten. Gegenüber völlig falschen Darlegungen möchte ich feststellen, daß auch der Herr Reichsfinanzminister in völliger Übereinstimmung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Durchführung des Dawesplans steht. Wir haben bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten. Wir werden ihn in derselben Weise auch in Zukunft durchführen. Selbstverständlich aber erwarten wir, daß auch die von unserer Reparationsgläubigern in London übernommenen Verpflichtungen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit eingehalten werden, die wir beweisen haben und weiter beweisen werden.

Ich verwehre mich gegen die in der deutschen Presse hier und da verbreitete Auffassung, als wenn die Räumung des Ruhrgebietes und des Sanktionsgebietes

zu dem in den Londoner Vereinbarungen festgesetzten letzten Termin des 15. August irgendwie gefährdet sein könnte. Ich darf bemerken, daß der französische Ministerpräsident nach Beginn der Schwierigkeiten über die Räumung der rührischen Rheinlandschaft spontan zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verpflichtung der französischen Regierung zur Räumung dieser Gebiete in keiner Weise durch die Differenzenberührung berührt werden könnte. Sollte an dieser Auffassung irgendein Zweifel möglich sein, so ist man sich im Lager der Alliierten wahrscheinlich darüber völlig im Klaren, daß dies prinzipielle Folgen zeitigen müßte, die das bisher auf dem Wege der Verständigung Geschaffene illusorisch machen würde. Die Grundlage unserer Reparationspolitik, von der ich soeben gesprochen habe, trägt den Namen des Herrn Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie alle wissen, daß dies nicht nur ein äußerer Zusammenhang ist. Es ist mit einer Genauigkeit feststellen zu können, daß

unser Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

in jeder Hinsicht befruchtend sind. Die weitgehende Kredithilfe, welche die amerikanische Hochfinanz in den letzten Monaten einem großen Teile der deutschen Industrie gewährt hat, ist für unsere blutarme Wirtschaft von der größten Bedeutung. Aber auch sonst sprechen alle Anzeichen dafür, daß in der großen Republik jenseits des Ozeans das Verständnis für Deutschland in erfreulicher Weise zunimmt.

Im Verhältnis zu Mexiko
hat die alte Freundschaft, die uns mit diesem Lande verbindet, neuerdings wieder belebten Ausdruck gefunden durch die herzliche und glänzende Aufnahme, welche die mexikanische Regierung und das mexikanische Volk den Offizieren und Mannschaften unseres Schiffsregiments „Berlin“ bei ihrem Besuch im Januar d. J. bereitet haben. Besonders zu erwähnen ist, daß die mexikanische Regierung am 16. März dieses Jahres mit der Reichsregierung ein Abkommen abgeschlossen hat, auf Grund dessen die Ansprüche deutscher Reichsangehöriger aus Schäden, die die in Mexiko während der wiederholten dortigen revolutionären Wirren erlitten haben, eine angemessene Regelung finden sollen. Das Abkommen, das noch der beiderseitigen Ratifizierung bedarf, wird dem Reichstag vorgelegt werden.

Was die Lage im fernem Osten
anlangt, so hat die durch die kürzlich abgeschlossenen Verträge zwischen Rußland und China und zwischen Rußland und Japan für die europäische Politik erhöhtes Interesse gewonnen. Die Probleme des Ostens haben wir zwar heute nicht mehr mit der gleichen Ausschließlichkeit, wie das früher der Fall war, allein mit Rußland zu rechnen. Denn im Norden wie im Westen sind diesen Lande heute Staatsgebilde vorgelagert, die an ihrem staatlichen Selbsthaltungswillen keinen Zweifel aufkommen lassen. Gleichwohl bleibt nach wie vor unvertennbar das natürliche Schwergewicht bei Rußland, das alle jene Länder zusammen an Bevölkerung um das Fünffache übertrifft und das mit überaus reichen Entwicklungsmöglichkeiten ausgestattet ist. Nach Ausräumung des früher mit der Balkanfrage verbundenen Konflikts können jetzt alle außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland als befreit gelten. Damit ist für die friedliche, wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbauarbeit dieser beiden, sich in hartem Maße ergänzenden Länder eine weite Bahn eröffnet worden.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland ist eingeleitet worden durch den

Vertrag von Rapallo.

Au der durch ihn geschaffenen Grundlage haben beide Länder seither als an einer feststehenden Notwendigkeit festgehalten. Gewiß nicht ohne Zwischenfälle, wie das bei der grundsätzlichen Verständigung des beiderseitigen Staats- und Wirtschaftssystems nur natürlich ist. Aber doch in der gemeinsamen Erkenntnis, daß es dem Verständnis für die Bedürfnisse des anderen Teiles gelingen muß, eine tragfähige Brücke herüber zu schlagen. Ich zweifle nicht, daß die Sowjetregierung es an diesem Verständnis gegenüber denjenigen großen politischen Fragen nicht fehlen lassen wird, die Deutschland seinerseits jetzt mit anderen Mächten zu regeln hat. Bei allen diesen Fragen handelt es sich für Deutschland nicht um grundsätzliche Orientierungen seiner Politik nach der einen oder anderen Seite des Kontinents. Die Aufgabe der deutschen Politik wird stets darin bestehen, seine Interessen gegenüber dem Westen und Osten auszugleichen. Dieser Ausgleich braucht und wird, so schwierig die Probleme auch im Einzelfall liegen mögen, niemals eine Form annehmen, die eine fruchtbare Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen unmöglich machte oder auch nur beeinträchtigte.

Drei nördlichen Randzonen.

Litauen, Lettland und Estland haben wir zwar auf einigen Teilgebieten gewisse Meinungsverschiedenheiten gehabt, ich kann aber feststellen, daß seit längerer Zeit eine unverkennbare Klärung der gegenseitigen Beziehungen eingeleitet ist, die bereits in wichtigen Verträgen ihren Niederschlag gefunden hat und voraussichtlich weiter finden wird.

Wenn ich zu den uns benachbarten Ländern übergehe, denke ich zunächst

Deutsch-Osterreich.

Die ich noch kürzlich aus Anlaß der Vorlage des Anleihevertrages zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen an dieser Stelle ausgeführt habe, ist und bleibt Leitfaden unserer Politik gegenüber Österreich, alles zu tun, um im Rahmen der bestehenden Verträge unsere Beziehungen zu dem benachbarten deutschen Bruderstaat so eng als möglich zu gestalten. Wir betrachten es als eine Personensache, aus dem gemeinsamen lebendigen Kulturleben heraus zu bleiben. Daß die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich über die Aufhebung des Schengener Abkommens und der damit verbundenen Gebührens nicht zu einem Erfolg geführt haben, bedauern wir außerordentlich. Wir sind der Meinung, daß mit dem Schengener Abkommen die Abgabenfallen fallen sollten und fallen müßten.

Für die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse zu

Italien.

wird hauptsächlich der Geist der Verständigung maßgebend sein, der bei den in einzelnen noch später zu erörternden Handelsvertragsverhandlungen zu bewerkstelligen ist. Schon seit geraumer Zeit können wir mit Genugtuung namentlich auf geistigen und kulturellem Gebiet das deutsche Verhalten Italiens beobachten, durch weitestgehende Förderung der geistigen Zusammenarbeit zur Überwindung der durch den Krieg geschaffenen Gegensätze beizutragen.

Die Beziehungen des Reiches zur

Tschechoslowakischen Republik.

charakterisieren sich durch eine gleichmäßige Beständigkeit. Es ist gelungen, die verschiedenen Angelegenheiten, die zwischen den beiden Ländern zu behandeln waren, in nachbarlichem Einvernehmen zu erledigen. Es ist der Wunsch der deutschen Regierung, zu der tschechoslowakischen Republik ein gutes Verhältnis aufrechtzuerhalten.

Mit der Schweiz, den Niederlanden und Ungarn.

Sind unsere Beziehungen unverändert gute und angehängt durch traditionelles Vertrauen. In Ungarn verfolgen wir mit lebhafter Sympathie und aufrechter Bewunderung die tatkräftige Arbeit des Landes an seinem finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau.

Ein anderes Land, das ebenfalls mit ganzer Kraft den Wiederaufbau seines Landes in Angriff genommen hat,

Bulgarien.

Ist durch schwere Schläge der letzten Zeit erneut in Traur verfiel worden. Es ist der aufrechte Wunsch der deutschen Regierung, daß dem bulgarischen Volk neue Präzedenz erspart bleiben. Unsere Beziehungen zu ihm sind freundschaftliche. Der Handel nach Bulgarien hat sich in günstiger Weise entwickelt.

Unser Wirtschaftsverkehr mit

Jugoslawien.

Ist zunächst durch Sachlieferungen auf Reparationskonto eine Zunahme erfahren. Es ist zu hoffen, daß sich bei den ungetrübten Beziehungen zwischen beiden Ländern namentlich auch der freie Warenverkehr wieder lebhafter gestalten wird.

Rumänien.

Bezieht leider immer noch die bekannte Differenz wegen der Banca Generala-Roten. Wir haben der rumänischen Regierung vorgelegt, die Frage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß damit auch das bedauerlicherweise von rumänischer Seite in unserer Handelsverträge hineingetragene Moment der Beunruhigung wieder verschwindet.

Auch unsere Beziehungen zu

Griechenland.

Sind durchaus freundschaftliche. Besonders gilt das für die Beziehungen zwischen der deutschen und der griechischen Seefahrtswelt vor allem auf dem Gebiete der archaischen Forschung. Die griechische Regierung hat die wissenschaftlichen Arbeiten deutscher Gelehrter jederzeit in dankenswerter Weise gefördert.

Durch die Umwandlung unserer bisherigen diplomatischen Vertretung in

Albanien.

In eine Gesandtschaft haben wir der wachsenden Bedeutung dieses vorwiegend ländlichen Landes Rechnung getragen.

Unseren Beziehungen zu

Litauen.

Wird der Weg geebnet durch die Abrechnung wichtiger Wirtschaftsinteressen und durch die freundschaftlichen Gesühle. Auch die schwebenden Verhandlungen mit Litauen werden in diesem Geiste geführt und demnächst zweifellos eine befriedigende Regelung finden.

Unsere Beziehungen zu

Spanien.

Tragen den Charakter einer seit Jahrzehnten durch nichts getrübbten Freundschaft mit diesem Lande, von dem uns neueste politische Ereignisse trennen und mit dem uns zahlreiche kulturelle Interessen verbinden.

Ebenso hoffen wir, unseren wirtschaftlichen Beziehungen zu

Portugal.

Noch im Laufe dieses Jahres eine feste und dauerhafte Grundlage durch Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages zu geben.

Die Türkei.

Ist intensiv mit der Konsolidierung der inneren Verhältnisse und der Wiederaufnahme ihrer wirtschaftlichen Beziehungen beschäftigt. Wir verfolgen diese Arbeit mit lebhafter Genugtuung und sind gern bereit, nach Möglichkeit unserer Wirtschaftskraft an dem Aufbau der türkischen Wirtschaft mitzuwirken. In der türkischen und überaus reichen Unterwerfung des türkischen Aufstandes können wir die türkische Regierung nur beglückwünschen.

Gute Beziehungen unterhalten wir auch zu dem Königreich

Ägypten. und begrüßen es aufrichtig, daß Ägypten die Entsendung eines Gesandten nach Berlin beschlossen hat. Unsere seit längerer Zeit bereits eingeleiteten Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung wegen Wiedererlangung der Konsulargerichtsbarkeit werden — so dürfen wir jetzt erwarten — in kurzem zu einer befriedigenden Lösung dieser für die Rechtsstellung der Deutschen in Ägypten besonders wichtigen Frage führen.

Dank der herzlichen Freundschaft, die seit langen Jahren zwischen Deutschland und

Perien.

Besteht, haben mehr deutsche Kaufleute als vor dem Kriege in Perien ein Betätigungsfeld gefunden. Auch die Anzahl der in Deutschland ansässigen, dem Handelsverkehr zwischen beiden Ländern dienenden Perier hat zugenommen. Seit zwei Jahren haben wir wieder einen Gesandten in Teheran. Nach

Nipponien.

Hat Seine Majestät der König Kwanonji schon eine Reihe deutscher Ingenieure, Chemiker, Bauingenieur und Lehrer berufen, und auch die deutsch-japanische Kolonie erfreut sich der Gunst des Königs. In Sabu, wohin wir vor anderthalb Jahren den ersten diplomatischen Vertreter entsandt haben, ist jetzt ebenfalls eine Gesandtschaft ernannt worden.

Ich freue mich, die Beziehungen zu unseren

nördlichen Nachbarn

als durchaus freundschaftlich bezeichnen zu können. In erster Linie gedanke ich dabei wiederum der geschäftlichen Hilfsaktion, die in den schweren Zeiten der letzten Jahre von den skandinavischen Ländern zur Linderung der Not in Deutschland ausgegangen ist. Eine weitere Vertiefung des nachbarlichen Verständnisses zu Schweden ist durch den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages erfolgt. Der Abschluß eines Zusatzschiedsvertrages steht unmittelbar bevor. Auch mit Finnland haben die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen durch die Unterzeichnung eines Schiedsvertrages neuen festen Grund erhalten.

Die deutsch-dänischen Beziehungen.

Die im letzten Herbst in Kopenhagen stattgefunden haben, und welche die Schlußangelegenheiten der Rinderpest diebstahl und jenseits der Grenze zum Gegenstand hatten, haben zu einer weiteren Klärung und Beruhigung in den Grenzverhältnissen geführt.

Unser Beziehungen zum

Heiligen Stuhl.

Werden nach wie vor getragen von dem von und immer wieder dankbar empfundenen Verständnis, das Se. Heiligkeit der Papst und seine Berater deutschem Volk und deutschen Schaffen entgegengebracht haben.

Jetzt zu den

Handelsvertragsverhandlungen.

Wir haben als Hauptkernpunkt bei den Handelsvertragsverhandlungen die Kaufkraft eines Sachvermögens in die Waagschale zu werfen. Wenn ich die Bedeutung Deutschlands als zweitgrößtes Konsumgebiet der Welt hervorhebe, so tue ich das, um sojehlich hinzuweisen, daß wir bereit sind, allen Ländern den Zutritt zu diesem Gebiet und die großen Verdienstmöglichkeiten dieses Marktes zu öffnen, wenn sie ihre Märkte in der gleichen loyalen Weise Deutschlands Kaufkraft und Erzeugnissen öffnen. Zwei Gesichtspunkte sind dabei für uns geltend: Gleichberechtigung und Gleichbegünstigung.

Dem Reichsrat geht in diesen Tagen die lang erwartete und schon viel erörterte

Zolltarifnovelle.

zu. Ich wünsche, daß der Reichsrat sich mit dem Wunsch der Reichsregierung vereinigt, die Novelle sobald als irgend möglich zu verabschieden, zumal das Parlament sich in kurzer Zeit bei der großen Zolltarif-Revision mit den gleichen Fragen in einer viel größeren Tragweite zu befassen haben wird. Es ist unbedingt nötig, daß

den deutschen Unterhändlern das notwendige Material für die schwebenden und die mit der größten Beschleunigung in die Hand gegeben wird.

Wie Sie aus der Ihnen vorliegenden Koverte erfahren werden, bestehen die Vorschläge der Reichsregierung zum Teil in der teilweisen oder gänzlichen Wiederherstellung der während des Krieges außer Kraft gebliebenen Zollsätze, zum Teil in einer zahlenmäßigen Erhöhung. Diese Erhöhungen beschränken sich in den meisten Fällen aber darauf, die im Jahre 1902 festgesetzten Sätze den veränderten Produktionsbedingungen und Preisen, insbesondere der Rohstoffe anzupassen. Die Reichsregierung hat sich dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß ein Land in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sich von prohibitiv wirkenden Zöllen freistellen müsse. Wir können von dem Ausland nicht erwarten, daß es unsere Fertigerzeugnisse aufnimmt, wenn wir seine Waren von unserem Markte ausschließen. Dabei dürfen wir nicht übersehen, mit welchen schweren Schäden unsere Wirtschaft gegenüber der des Auslandes belegt ist. Ich denke dabei nicht nur an die direkte Belastung der Reichsbevölkerung und die indirekte durch den Preisverlust, sondern in erster Linie an die überaus schmerzlichen Wunden der allgemeinen Verelendung. Gegenüber den im Ausland vielfach angeführten

Steuervergleichen.

möchte ich auf eine Tatsache hinweisen, daß in allen diesen Ländern Steuern von den tatsächlichen Einkünften, von den Einkünften befreit werden, während in Deutschland in den letzten Jahren Steuern nicht nach dem Gewinn, sondern nach anderen Maßstäben, nach dem Geschäftsumsatz oder nach dem Betriebsvermögen erhoben worden sind, auch wenn kein Gewinn, sogar wenn ein Verlust vorhanden war. Die Belastungen haben die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt fast behindert.

Wir haben

mit den Vereinigten Staaten.

Am 8. Dezember 1923 einen Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen, der aus dem Grundgesetz uneingeschränkter, gegenseitiger Meißbegünstigung besteht. Wir können mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die Vereinigten Staaten, dieses mächtigste Produktions- und Konsumtionsgebiet der Welt, wieder in den Grundgesetz der allgemeinen Meißbegünstigung zurückgeführt sind, der auch der unsere Außenhandelspolitik beherrschende Grundgesetz sein muß. Ein Handelsvertrag ist ferner abgeschlossen worden mit England, und zwar am 2. Dezember 1924. Auch dieser Vertrag gründet sich auf den Grundgesetz der uneingeschränkten gegenseitigen Meißbegünstigung. — Ein weiteres Handelsabkommen ist unterzeichnet worden mit Belgien. Auch dieses Abkommen liegt der Grundgesetz der gegenseitigen Meißbegünstigung zugrunde. — Mit Griechenland haben schon vor einem Jahre Handelsverhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis der damaligen Verhandlungen hat uns aber nicht voll befriedigt, da Griechenland bezüglich der Meißbegünstigung Vorbehalte gemacht hatte. — Auch mit Litauen und Guatemala sind Handelsabkommen geschlossen worden.

Ich komme nun zu dem bei uns wichtigsten

Vertrag mit Spanien.

Der Weg zu einem definitiven Handelsvertrag mit Spanien kann nur über den Weg der Annahme des gegenseitigen Vertrages gehen. Eine Ablehnung des Vertrages würde dagegen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen und der Schwächung der Beziehungen zu dem großartigen spanischen Volk vor allem den Nachteil haben, daß Deutschlands Kredit für die Führung von Handelsvertragsverhandlungen nicht nur in Spanien, sondern

Kunst und Wissenschaft.

Franz Fiedler.

Er ist zwar ein Photograph. Aber er verdient eine Charakteristik, wie sie sonst an dieser Stelle nur Königen der hohen Kunst erhalten. Denn er ist ein Volkshändler, wenn auch die Technik, deren er sich bedient, der handwerklichen Kunst angehört.

Aber die Auffassung, daß die photographische Kunst mit wirklicher Kunst nichts mehr gemein habe, als das Objekt, ist heutzutage auch der wirkliche Künstler, also der Maler und Graphiker, hinweg; er weiß, daß in der Hand des begabten Photographen die photographische Linse und das photographische Papier zu Instrumenten werden, die sowohl in der Bildnis- wie in der Landschaftskunst höchste Anforderungen zu erfüllen vermögen. Die der photographischen Technik solche Bedeutung verliehen, waren zunächst nicht Berufungsgelehrte, sondern Kunstleute, z. B. — um ein paar Namen zu nennen — die Literariker Ludwig David-Deledar und Dr. Heinrich Bachmann-Wey, der Engländer Craig, der Franzose Paul Nadar, der Schwede John Almqvist, der Italiener Cavaliere A. Lefevre, der Amerikaner Dudley Hoyt. Aber die Berufungsgelehrten lernten von ihnen, und Männer wie Nicola Perscheid und unter anderem Hugo Erfurt gab auch der Berufungsgelehrte ganz neue Grundlagen, nicht nur im Anschauungsverfahren, also in der Herstellung des Negatives, sondern auch, und ich möchte hinzufügen vor allem im Positivdruck, also in der Herstellung der Abzüge.

Auch die Bedeutung Franz Fiedlers, der ebenfalls Berufungsgelehrter ist, liegt in der Photographie, in der Beherrschung des Druckes, wie auch er auch, sowohl in der Landschaft wie im Bildnis aber im Himmelsbild, im Aufnahmeverfahren außerordentlich ist. Es ist er

darin, was er aus einer Halle heranzieht, schon soweit die Anordnung im Raume in Frage kommt und die Beleuchtung, die er ihr gibt, noch erstaunlicher freilich, was er erfindet, wenn er sie entwickelt und nun von ihr druckt. Auch jene begabten Amateure, die ich weiter oben nannte, schienen im Druck, wie wunderbar gegenüber früheren Zeiten sie ihn auch ausgebildet hatten, an bestimmte Grenzen gebunden: Veränderungen der Belichtungsstärke und Belichtungsgröße, die durch bestimmte Manipulationen, Höchungen, Abdrücken usw. herbeigeführt werden, vermochten sie nur bis zu einem bestimmten Grade vorzunehmen. Franz Fiedler beherrscht die Platte und auch das Papier in dieser Beziehung ganz souverän; er besitzt die Gewalt über eine an sich mechanische Kunst in dem Maße — und das gibt seiner künstlerischen Arbeit etwas getarbt Schöpferisches —, daß er ganz nach seinem Wunsch und Willen bestimmte Partien einer Platte herausarbeiten vermag; er löst im Bildnis das Harde der Linse auf, er vertieft im Landschaftsbild die Vordergrunde, er hebt Entschendes aus dem Bildcharakter hervor und läßt Nebenständliches zurücktreten.

Der Künstler hat vor einiger Zeit eine Studentreise durch Italien gemacht und zeigt nun — neben einer Anzahl anderer Arbeiten, zumeist Bildnis- und Figurenbilder — deren Ergebnisse in einer Sonderausstellung, für die ihm die Staatliche Kunstgewerbeschule in der Glasstraße 34 ihren Ausstellungsraum zur Verfügung gestellt hat. Es ist eine Stunde hohen künstlerischen — ich betone dieses Wort — Genusses, die man vor den Arbeiten Franz Fiedlers verbirgt.

Der Seifenkönig von Port Sunlight.

William G. Dever, der Besitzer der berühmten Sunlight-Works bei Liverpool, einer der großzügigsten Industrieanlagen Englands, ja der ganzen Welt, ist gestorben. Die Hausfrau, die sein Ver-

kauf für ihre Wünsche verwendet, weiß kaum, welche Fälle von sozialpolitischen Problemen daran hängt. Mr. Dever ist der Begründer des „Wooltonbury Port Sunlight“, das (wie die ähnlich organisierten Zielungen der Schokoladenmagazinen „Moorland“ und „Coburn“) einen Versuch darstellt, das Problem der Interessensdifferenz zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft in der Praxis zu lösen. Die dort angeführten Arbeiter und Angestellten seiner Fabrik (die heute über 12 000 Menschen beschäftigt sind) mit dem Unternehmer durch das System des „Prosperity Sharing“ (d. h. Beteiligung am Wohlergehen der Firma) und zum Teil durch direkte Gewinnbeteiligung verknüpft. Kein äußerlich und vor allem in architektonischer und landschaftlicher Beziehung macht die bereits zu fastlichem Umfang herangewachsene Zielung mit ihren idyllischen Häusern, ihren modernen Wohlfahrtsanstalten, Schulen und hygienischen Einrichtungen einen durchsichtigen Gegensatz zum Wohlstand. Der Nachteil, den die Angestellten mit in den Kauf nehmen müssen, besteht darin, daß sie auf diese Weise gewissermaßen an das Unternehmen gebunden sind; denn in dem Augenblick, wo sie ihre Arbeitsstelle verlassen, verlieren sie zugleich das nur bedingungsweise ihnen überlassene „Eigentum“.

Im übrigen trugen auch die rein geschäftlichen Unternehmungen Devers — den die englische Regierung zum Baron und Lord Peverell ernannte — den Stempel der Originalität und Originalität an sich. In einer romantischen Kaufmannsfamilie entwickelte er sich vom Besitzer einer kleinen Seifenfabrik zum Gründer der weltberühmten Sunlight-Works, die heute ihre eigene Betriebsorganisation, ihre eigene Dampfzentrale, ihre eigenen Häfen und Werften besitzt. Er erwarb für agrarische Zwecke ungeheure Ländereien in Westphalia und trat sich mit dem gigantischen Plan, die Hebrideninseln in ein einziges Fischereierzeugnis umzuwandeln: so gegen sich allerdings der Unabhängigkeitssinn der britischen schottländischen Bevölkerung aufsetzte.

Wenige Wochen vor seinem Tode unternahm er eine anstrengende Geschäftsreise nach Afrika.

William Dever gehörte zu der nicht geringen Zahl der „Wohlfahrter“ unter den englischen Industriekapitalisten. Er war ein lebenslänglicher Kunstliebhaber, besaß die wunderbaren Porzellane und noch etwas, das ihm im persönlichen Verkehr sehr zu helfen kam: Augen von einem strahlenden blauen Glanz — nach der Meinung der „Times“ die schönsten in England.

's Gashöhle.

In der „Frankfurter Zeitung“ erzählt Alfred Kueber, Mitglied des Frankfurter Schauspielhauses, folgende Scherzreze:

„Kondulenz?“
„Was ich, Herr Jugführer?“
„S Dicht a'unda, mir fahet glei aus Linnel weil I'apfer, vorwärts, warum ich denn no loind a'unda?“
„S geht nei a', Herr Jugführer, I'han jdo' a ganz Schädlele Streichhögle a'gischel! S geht aber parlet nei a'!“
„S' d'! No will I'S emol probiera; des muß bo oifsch' ganga!“
Der Jugführer verdraucht auch ein Streichhögl'schädlele, dann verfauchen's die Passagiere; es wird aber doch nicht heile.
„Kondulenz?“
„Herr Jugführer?“
„Nehmet Se emol 's Büchle raus!“
„Jo, Herr Jugführer!“
„Dent Se's hausa?“
„Jo, Herr Jugführer!“
„Dent Se's Bie?“
„Jo, Herr Jugführer!“
„Sich's an gschicht?“
„Jo, Herr Jugführer!“
„No nehmet Se's an raus!“
„Dent!“
„Dent!“

Der Sowjetkongress.

Moskau, 17. Mai.

Auf dem Sowjetkongress hielt Kalinin einen umfangreichen Vortrag über die Verwirklichung der lokalen Sowjetbehörden. Die Regierung habe sich auf diesem Gebiete folgende Aufgaben gestellt: die Bauernschaft mehr als bisher zur Arbeit in den Sowjets heranzuziehen, die Verantwortlichkeit der Sowjetmitglieder ihren Wählern gegenüber zu erhöhen und eine umfassendere Kritik der behördlichen Maßnahmen zu ermöglichen, die gerichtliche Verfolgung von Personen, die beschuldigt sind, die Wahlen gescheitert durchzuführen zu haben, wobei auch die Wahlen für ungültig erklärt werden, die Heranziehung der breiten Bevölkerungsschichten zur Gerichtsbarkeit, die Verminderung der Gerichtskosten für Steuer- und andere Vergehen, dagegen Erhöhung der Strafen wegen Verbrechen übergriffe. Kalinin schlug vor, die Regierung aufzufordern, die allgemeine Durchführung der Maßnahmen zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Minderheiten genau zu verfolgen.

In der Diskussion traten 14 Bauernvertreter auf, die erklärten, daß die bereits eingeleiteten Maßnahmen, auf die Kalinin hingewiesen hatte, vollständig den Anforderungen der Bauernschaft entsprächen.

Der Mitgliedschaftskandidat zum Allrussischen Exekutivkomitee der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Regierung, Paris, wies den ukrainischen Vorschlag vor, daß für die Vorarbeiten der nationalen Minderheiten außer acht bleiben; er verlangte für jede Minderheit unabhängig von ihrer Zahl das Recht, eine territoriale, unabhängige Einheit bilden zu dürfen.

Die ukrainische Volkskommissioner Basenko und Grisko widerlegten den Behauptungen Paris und erklärten, daß polnische, russische, jüdische, bulgarische und andere Minderheiten ihre eigenen Nationalsozialisten hätten, wenn sie die Einwohnerchaft auch nur eines Dorfes bildeten. Die Ukraine bekämpfe energisch alle Versuche einer zwangsweisen Ukrainisierung der russischen und aller anderen Minderheiten.

Der Kongress nahm einstimmig eine Ent-

schließung über Kalinins Vorschläge an und erklärte einstimmig sein volles Einverständnis mit der Innen- und Außenpolitik der Unionsregierung. Die wichtigsten Richtlinien, die der Kongress der Regierung gibt, sind: die Förderung des Friedens, die Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und die Sorge um den Schutz der Grenzen der Sowjetunion. Die Entschließung stellt ferner den Umfang der erzielten Erfolge fest, fordert die Aufstellung eines defizitären Budgets und weist auf die wichtigsten Wirtschaftsaufgaben hin: die Erneuerung der Industrie auf zermürbeter Grundlage, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Erhöhung der wirtschaftlichen Unternehmung der Bauernschaft.

Hilfe für den russischen Bauernstand.

Moskau, 18. Mai.

In der heutigen Sitzung des Kongresses der Sowjetunion sprach Kamenow über die Notwendigkeit der Verbesserung der Lage des Bauernstandes und sagte u. a.: Das Prinzip der Nationalisierung des Bodens muß bis zu Ende durchgeführt werden. Gleichzeitig muß die Steuererleichterung und bessere Verteilung der Lasten des Bauernstandes Platz greifen. Umgehende kulturelle Maßnahmen, Elektrifizierung und Bodenverbesserung müssen durchgeführt werden. Die Verpackung von Land, zu dessen Bearbeitung die Mittel fehlen, muß getätigt werden, dagegen keine Unterpackung zu Spekulationszwecken. Das Wichtigste sei die Regelung der Getreidepreise. In dem aus dem Getreideverkauf an Ausland erzielten Erlöse müsse der Bauer stärker beteiligt werden. Daher sei eine neue Organisation der Getreideausfuhr notwendig. Ferner sei die Industrialisierung der Bauernwirtschaft sowie Erhebung des Ausfuhrertrages erforderlich. Doch muß hierbei vorsichtig vorgegangen werden, damit die Paaren und nicht ausländische Kapitalisten den Gewinn davon rügen.

Abg. Hertz (Dnat.) wandte sich gegen ein vom Minister als wünschenswert anzusehendes solches Retorik des Hauptauschusses und verlangte von der Regierung größere Aktivität. Weiterberatung am Dienstag.

Die Untersuchung Höfle.

Berlin, 18. Mai.

Der Höfle-Ausschuß des Preussischen Landtags vernahm den Strafanwalts-Oberdirektor Bully, der über technische Einzelheiten berichtete. Nach der Dienstordnung müssen bei lebensgefährlichen Verurteilungen Angehörigen der Gefangenen benachrichtigt werden. Der Zeuge hat Dr. Thiele am Sonntag gestagt, ob die Benachrichtigung der Angehörigen Dr. Höfles nötig sei. Dr. Thiele hat diese Frage verneint. Noch am Sonnabend und am Sonntag habe Thiele den Zustand Höfles nicht für lebensgefährlich gehalten. Wenn er vor dem Ausschuss von einer wiederholten Benachrichtigung der Angehörigen Höfles in ein Krankenhaus gesprochen habe, so irrte sich Dr. Thiele. Der Zeuge ist der Auffassung, daß der Erlaß des Wohlfahrtsministeriums von den Ärzten als eine Beeinflussung empfunden wurde.

Sachverständiger Prof. Lewin bemerkt, daß ihm, der doch sehr viel mit Lumbal, Veronal und Pantopon umgehe, ein Oben überfalle, wenn er aus d. n. Verzeichnissen ersehe, wie leichtfertig mit diesen starken Mitteln umgegangen worden sei, deren Töselung geföhrlich vorzuschreiben sei. Die Gefängnisverwaltung lasse sich aus der Zelle jeden Haken entfernen, an welchem sich ein Gefangener aufhängen könnte, bei der Verabfolgung fast wirkender Medikamente sei sie aber weniger vorsichtig.

Auf Anfragen dieses Sachverständigen gibt der Zeuge Bully zu, daß die letzte Revision der ärztlichen Verhältnisse der Kufalt, also auch der Apotheke, im November 1922 stattgefunden habe.

Der Ausschuss wird sich am Dienstag in einer besonderen Abhandlung mit der Klärung der von dem Sachverständigen gestellten Fragen beschäftigen und dazu Dr. Thiele hinzuziehen. Dienstag vormittag wird der Ausschuss das Verzeih und die Apotheke in Revidiert beschäftigen.

Ein „Rollkommando“-Prozeß.

Breslau, 16. Mai.

Vor dem Oppelner Schwurgericht fanden die Selbstschußangehörigen Leschny, Barz, Thiel, Calesa und Altmann wegen politischen Mordes, begangen an dem Gastwirt Grunert aus Krzysanow im Jahre 1922. Grunert, ein zweifaches deutschgeinnter Mann, war durch unglückliche Umstände in den Verdacht gekommen, „national nicht zuverlässig zu sein“. Auf Anstiften einiger Gegner wurde ein sogenanntes Rollkommando gegen ihn bestellt. Dieses Kommando bestand aus den oben genannten noch sehr jungen Leuten, die den von den Führern angeleiteten Aufzug pflichtgemäß ausführten. In der Nacht vom 21. zum 22. Juli 1922 drangen sie nach Vollzug der in die Wirkstätte Grunerts ein, um dem Gastwirt, wie sie vor Gericht er-

gangen hat, daß unser Vorgehen eine aggressive Spitze gegen Polen enthalte. Die polnische Presse hat sich sogar zu der Behauptung verziehen, daß wir auf eine vierte Teilung Polens ausgingen und das Ziel verfolgten, unsere Nachbarn im Osten zu überfallen. Alles das ist falsch, weil wir die östlichen Grenzen nicht in den angelegten Garantien einbezogen haben.

Die östlichen Grenzen nicht in den angelegten Garantien einbezogen haben. Inbegriffenerweise hat sogar die in dem deutschen Memorandum enthaltene Feststellung, daß Deutschland zum Abschluß allgemeiner Schiedsverträge mit allen Staaten bereit sei, dazu herhalten müssen, aggressive Absichten gegen Polen zu konstruieren. Ich kann das, soweit es nicht auf einer völligen Unkenntnis des Wesens eines allgemeinen Schiedsvertrages beruht, wirklich nur auf bewusste Entstellung zurückführen. Schiedsverträge bilden ein hervorragendes Mittel für eine wirksame Sicherung des Friedens. Aus unserer Auffassung über unsere Ostgrenzen haben wir allerdings weder in der Öffentlichkeit noch bei den diplomatischen Unterhaltungen jemals ein Wort gemacht.

Es gibt niemand in Deutschland, der aufrichtig anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Zollgrenze sei.

Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schließt.

Eine gewalttätige Änderung seiner Ostgrenze herbeizuführen hat Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen.

Ich darf in dieser Beziehung nur auf die Ausführungen hinweisen, die der Herr Reichspräsident unter Bezugnahme auf seine Eigenschaft als mildtätiger Sachverständiger in dem besagten Reuters-Interview gemacht hat.

Was schließlich die Stellung der deutschen Reichsregierung in der Frage des

Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

anlangt, so hat sie noch unter dem Kaiser-Wilhelm in einer unter dem Vorsitz des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert abgehaltenen Kabinettsitzung die Grundzüge, von denen sie sich bei einem evtl. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund leiten lassen würde, in einem Memorandum an die im Völkerbundrat vertretenen Mächte niedergelegt. Wir sind der Auffassung, daß das entwaffnete Deutschland nicht ebenso wie andere getriebene Staaten irgendeine kriegerische Entwicklung auf sich nehmen kann. Die Vorlegung der Note des Völkerbundes zeigt, daß man auch in Genf die Tragweite unserer Bedenken nicht verkannt hat. Der Hinweis in der Note des Völkerbundes auf die Einschlussmöglichkeiten, die Deutschland als Staatsmitglied bei allen wichtigen Entscheidungen haben würde, ist zweifellos von Bedeutung. Die Reichsregierung wird es sich angelegen sein lassen, in dieser Richtung noch eine weitere Klärung der Frage herbeizuführen. Die deutsche Reichsregierung vertritt sich in dieser Beziehung gewiß nicht auf formalen Subtilitäten. Es kommt ihr aber darauf an, die Notwendigkeiten politisch zur Geltung zu bringen, die sich aus unserer besprochenen Lage ergeben.

Den Bestimmungen der Reichsregierung wird der Erfolg verhängen sein, wenn derselbe Geist, der sie befeuert, nicht auch bei den anderen Mächten vorhanden ist, die es in ihrer Hand haben, Europa den Frieden zu geben oder es weiter in dem Zustand der Verwirrung zu lassen, in dem es sich heute befindet und der zu dem Geist der Londoner Abmachungen im Gegensatz steht. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Präsident Ebert teilt dann mit, daß die Kommunistische Fraktion Vertrauen abgeben gegen den Außenminister Dr. Stresemann und den Reichsfinanzminister eingezogen habe. Er schlägt anschließend vor, die Aussprache auf Dienstag zu versetzen. Das Haus stimmt dem zu. Die Aussprache soll unter allen Umständen am Mittwoch beendet werden.

Ohne Aussprache in dritter Lesung wird nach der Geschäftsverteilung über das Ruhegehalt der Witwe des Reichspräsidenten verabschiedet.

Die Presse zur Rede.

Berlin, 19. Mai.

Die gestrige Rede des Reichsaussenministers Stresemann im Reichstage findet mit Ausnahme der Blätter der radikalen Fraktionen die Zustimmung der gesamten Presse. Die „Germania“ erklärt dem auch, daß Stresemanns Außenpolitik, von der man sagen könne, daß sie in den Grundzügen das deutsche Volk von Hindenburg bis zum linken Flügel der Sozialdemokraten in geföhrtener Linie hinter sich habe, im Reichstage keiner besonderen Kritik begegnen dürfte. Die einzelnen Punkte der Rede werden von den Blättern durchgesprochen und die Ausführungen des Ministers in dieser oder jener Frage von den Zeitungen je nach Parteizugehörigkeit unterstrichen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt die Worte des Außenministers für besonders wichtig, daß man sich im Lager der Entente treue, wenn man glaube, und durch Auspielung der Meinungsstimmungen jeder Forderung gegenüber geföhrt machen zu können. Es gibt keine aktive deutsche Politik mehr, so brönt das Blatt, wenn jeder Druck auf das Rheinland sofort eine völlige Wiedereinnahme der Reichsregierung zur Folge hat. Auch die „Kreuzzeitung“ wendet sich bezüglich der bevorstehenden Entwaffnungsnote gegen die Annahme unausführbarer Bedingungen selbst auf die Gefahr einer längeren Besetzung. Die „Zeit“ hebt gleichfalls hervor, daß die Reichsregierung nicht daran denke, sich einem Ultimatum oder Diktat in der Entwaffnungsfrage zu fügen, sondern daß sich das Kabinett vielmehr der kommenden Entwaffnungsnote gegenüber volle Handlungsfreiheit vorbehalte. — Das „Berliner Tageblatt“ sagt sein Urteil über die Rede in die Worte zusammen: „Wenn die künftigen Taten den getriebenen Worten entsprechen, darf man die Fortführung der jetzigen deutschen Außenpolitik, trotz der innerpolitischen Beziehungen

der letzten Zeit, als gefährlich betrachten.“ — Auch der „Vorwärts“, der die Rede Stresemanns als sehr maßvoll bezeichnet, erkennt als Gesamtergebnis die Fortführung der Außenpolitik, die von den republikanischen Regierungen betrieben worden ist.

Keine deutsche Garantie für die Ostgrenzen.

Berlin, 18. Mai.

Ausländische Zeitungen bringen Meldungen, wonach die deutsche Regierung für sich den alliierten Regierungen zu verstehen gegeben haben soll, daß sie im Rahmen der Sicherheitsverhandlungen auch für eine Garantie der deutschen Ostgrenzen bereit sei, falls dafür der Anschluß Österreichs an Deutschland zugelassen werde. Wir erfahren hierzu von zuverlässiger Stelle, daß diese Meldungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Es ist höchst auffallend, daß sich gewisse ausländische Zeitungen immer wieder in Kombinationen ergehen, die sich auf eine Änderung oder Erweiterung der deutschen Vorurteile in der Sicherheitsfrage beziehen. Seit langem hat nicht die deutsche Regierung, sondern haben die alliierten Regierungen in dieser Frage das Wort. Den Meldungen der bezeichneten Art liegt allem Anschein nach nichts anderes zugrunde, als die Absicht, den deutschen Standpunkt zu verächtigen und Verwirrung in den Gang der Verhandlungen zu bringen.

Die Leistungsfähigkeit des Reichs.

Berlin, 18. Mai.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hielt Reichsfinanzminister v. Schlegel am Montag eine Rede über die Leistungsfähigkeit des Reichs im Jahre 1926. Der Minister verwies sich gegen die Auffassung, als habe er die Finanzlage des Reichs bisher zu schwarz gemalt. Man könne umsofort im Reichstag Beschlüsse fassen, die zu ihrer Durchführung Millionen, ja Milliarden erfordern während auf der anderen Seite die Steuererleichterungen herabgesetzt werden. Empfehlenswert sei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der alle diese Fragen sobald mit der Reichsfinanzverwaltung prüfen könne.

Abg. Hoch (Eol.) wies den Minister darauf hin, daß man nicht nur die Ausgaben beschränken, sondern auch die Einnahmen erhöhen könne. Eine sehr schöne Gelegenheit dazu bietet z. B. die Einführung der Inflationssteuer.

Abg. Dr. Curtius (D. Sp.) sprach von einem Überfall des Ausschusses durch den Minister und forderte von ihm, in jeden Ausschuß Referenten mit Autorität zu schicken.

Abg. Stöcker (Eol.) machte den Minister darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokratische Partei eine ganze Reihe Anträge zurückgestellt habe, die nach ihrer Auffassung für das Reich finanziell nicht tragbar waren. Wenn man aber davon spreche, daß für soziale Zwecke alle zu hohe Summen angefordert wurden, so müsse doch sehr nachdrücklich auf die große Not im Lande hingewiesen werden.

keiten, einen Dentschell zu verabsolgen. Den Auslagen der Angeklagten zufolge hätte der Gastwirt damals in der Notwehr von seiner Waffe Gebrauch gemacht, sobald diese, die ihn umschloß nur verprügeln wollten, mit den mitgebrachten Waffen das Feuer erwiderten. Hierbei wurde Grunert durch einen Karabinerschuß des Altmann getötet. Der Anklageverteiler hielt bei den Angeklagten, die zweifelslos aus politischen Motiven gehandelt hätten, die Entwidlung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und die Sorge um den Schutz der Grenzen der Sowjetunion. Die Entschließung stellt ferner den Umfang der erzielten Erfolge fest, fordert die Aufstellung eines defizitären Budgets und weist auf die wichtigsten Wirtschaftsaufgaben hin: die Erneuerung der Industrie auf zermürbeter Grundlage, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Erhöhung der wirtschaftlichen Unternehmung der Bauernschaft.

Die „Berliner Volkszeitung“ nennt das Urteil „unglaublich milde“ und sagt zum Schluß: Derartige Urteile wirken politisch verheerender als hundert Darnats.

5. Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 19. Mai.

Am Mittwoch wird in Genf die 5. Session der 5. Internationalen Arbeitskonferenz eröffnet werden. 42 Staaten werden auf ihr vertreten sein. Weitere Beteiligungen sind noch zu erwarten. Von der Konferenz werden drei Fragen erörtert werden müssen, die von der vorherigen Konferenz zur endgültigen Beschließung vertragen wurden. Es sind dies: die Gleichbehandlung der in- und ausländischen Arbeiter bei Arbeitsunfällen, die mindestens 24stündige Arbeitsruhe in den Glashütten und die Nachtarbeit in den Bädereien. Die vierte Frage ist die Verhütung von Arbeitsunfällen, die direkt mit der Sozialesicherung zusammenhängen. Die Konferenz wird bei diesem Gegenstande von dem durch das internationale Arbeitsamt aufgearbeiteten Berichte, der als Diskussionsgrundlage dienen wird, ausgehen.

Beamtenabbau in den österreichischen Ministerien.

Wien, 18. Mai.

Ein Ministerrat hat sich am Montag mit dem Abbau der Konzeptsbeamten in den Ministerien beschäftigt. Amtlich wird mitgeteilt, daß ein Abbau beschlossen wurde. Einzelne Ämter berichtigten, daß ein Drittel dieser Ministerialbeamten abgebaut werden soll. Dafür sollen parlamentarische Staatssekretäre in die Ministerien aufgenommen werden.

Aus dem englischen Unterhause.

London, 18. Mai.

Im Unterhause teilte Amery mit, daß Dektet über einschneidende Bestimmungen gegen bormalige Feinde im Tanganjagebiet, das am 4. September abläuft, solle nicht wieder erneuert werden. Mac Neill erwiderte auf eine Anfrage, die Mitteilungen der französischen Regierung über die deutschen Patrivorschlüge würden gegenwärtig von der britischen Regierung erwogen. Sobald der Stand der Verhandlungen es rechtfertige, werde Chamberlain dem Hause eigenhändig Mitteilungen machen. Eine Anfrage Kennworthy, ob eine Vereinbarung zwischen den Alliierten über die Abfindung von Gläubigern an den neuen deutschen Reichspräsidenten besteht, wurde von Mac Neill verneint. Auf die Frage, ob der König die östliche Polarküste in solchen Fällen östliche Befehle befolgt, Mac Neill verneinte die Frage, ob die britische Regierung erwäge, Verhandlungen mit der französischen und anderen alliierten Regierungen über einen gemeinsamen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Regierung zu führen.

Die kommunistische Konferenz in Glasgow.

London, 18. Mai.

„Evening News“ schreibt, es sei unwahrscheinlich, daß es ausländischen und besonders russischen Kommunisten erlaubt werde, an der kommunistischen Konferenz teilzunehmen, die vom 30. Mai bis 1. Juni d. J. in Glasgow abgehalten werden sollte.

Mussolini und die Freimaurerei.

Rom, 18. Mai.

Die Kammer trat in die Besprechung der Gesetzesvorlage über die Freimaurerei ein. Von den Oppositionsparteien waren nur die Kommunisten und die Sozialisten anwesend. Giolitti, Orlando, Salandra nahmen an der Sitzung nicht teil. In der Debatte über die Vorlage trat ferner der Abgeordnete für die Freimaurerei ein. Ministerpräsident Mussolini, der eben falls das Wort ergriß, sagte in seinen Ausführungen, daß die Freimaurerei sich ablehnt habe, und erinnerte daran, daß er als Mitglied der Freimaurerei in der Freimaurerei aus der faschistischen Partei bewirkt habe. Er erklärte weiter, daß der Umstand ungeheuerlich sei, daß hohe Beamte und Beamter von ihrer Tätigkeit abhängig wären und ihre Staatsgeheimnisse mitteilten. Es gelte viel Mühe, einen solchen Strömung entgegenzutreten. Die Freimaurerei über die Soziale war unmöglich, weil die Abgeordneten nicht in der vorgeschriebenen Zeit anwesend waren. Die Schlussberatung wurde darauf am Dienstag verlegt.

Verhaftung eines kommunistischen Führers.

Rom, 18. Mai. Der Generalsekretär des kommunistischen Bundes und Führer der roten Garde, Antonio de Leggio, ist unter der Anklage des Diebstahls von Postanweisungen, Mißbrauch des Gemeindefestpapiers und anderer Vergehen verhaftet worden.

Entdeckung einer bulgarischen Verschwörerorganisation.

Sofia, 18. Mai. Die Polizei hat eine Verschwörerorganisation, die mehrere Dutzenden der Umgebung, darunter Kopenze und Dolnabani, umfaßt, entdeckt und über 300 Mio Perdit, 200 Revolver und eine beträchtliche Menge Munition sowie 150 000 Leva beschlagnahmt. Die Sprengstoffe waren für die Zerstörung der Brücken und Eisenbahnen zwischen Safare und Belowo bestimmt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Der zweite Prozeß gegen die bulgarischen Attentäter.

Sofia, 18. Mai. Im zweiten Prozeß gegen die Urheber des Attentats in der Kathedrale beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe gegen die Angeklagten Zwan Petrischenli, Eugen Leg, seine Frau und gegen Frau Nede Nikolowa. Wegen ihres minderjährigen Sohns beantragte der Staatsanwalt lediglich eine Gefängnisstrafe.

England und Bulgarien.

London, 18. Mai. Der bulgarische Außenminister Raloff ist hier eingetroffen, um mit der britischen Regierung die innere und die äußere Lage Bulgariens unter besonderer Berücksichtigung der künftigen erfolgten kommunistischen Umwälzung zu besprechen.

Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 18. Mai. Aus Fez wird offiziell gemeldet: Die Abteilung der Mittelfront habe einen Posten nach gleichem Inhaltem Kamise befreit. Im Osten verhalte sich die feindliche Propaganda. Im Westen organisierte der Feind eine Defensivaktion. Bei den Beni Reguidas lehnte die Flucht wieder. Im mittleren Frontabschnitt verhält der Feind die Besetzungshaupten seiner Munitionsläger.

Amerika und seine Schuldner.

Paris, 18. Mai. Nach einer Havaneinsendung aus Washington hat die amerikanische Regierung gegenüber allen Ländern, mit denen Abmachungen bezüglich der Schulden noch nicht getroffen worden waren, einen Schritt unternommen und dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß jetzt bald die Besprechungen mit der amerikanischen Schuldenkommission eingeleitet würden, um zu einer Regelung zu gelangen. Die Amerikaner seien an alle Schuldnerstaaten gleichzeitig herantretend. Nach einer Mitteilung aus dem Staatsdepartement sei keine offizielle Note abgegeben worden, wohl aber seien kürzlich durch Vermittlung der diplomatischen Vertreter Besprechungen geführt worden.

Neu York, 18. Mai.

„Coening Post“ meldet aus Washington: Falls die Antworten der europäischen Nationen auf die Anregung Coediges, Verhandlungen über den Ankauf von Atomkraft betreffend die Reize, schäufen zu eröffnen, ungenügend lauten sollten, so würde dieses zur Folge haben, daß der Kongress eine Entschließung annehmen würde, wonach die Ansicht vertreten würde, daß solchen Staaten, die ihrer Pflicht nicht nachkommen, hier alle Kredite verweigert werden sollten. Ein solcher noch nicht dagewesener Schritt des Kongresses würde, wie die Parteiführer erklären, der informellen Politik des Staatsdepartements hinsichtlich der Privatankäufe eine amtliche Fassung geben.

kleine politische Nachrichten.

Berlin, 18. Mai. Die Meldung einer Berliner Morgenzeitung über den geplanten Abbau von weiteren 32 000 Postbeamten ist vollständig aus der Luft gegriffen und entbehrt jeder Grundlage.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Carl Siebert tritt der Lehrer Ludwig Alpers-Hamburg (Deutsch-Hannoversche Partei) in den Reichstag ein.

Paris, 18. Mai. Nach einer Havaneinsendung aus Tokio ist der Bau des größten japanischen Unterseebootes 52 mit 17 000 t Wasserverdrängung beendet.

Paris, 18. Mai. Handelsminister Chaumeil hat sich heute nach London begeben, um dem Jahrestag der französischen Handelskammer beizuwohnen.

Kapstadt, 18. Mai. Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist in Südafrika heute die Goldwährung eingeführt worden.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die beiden erschienenen Nr. 10 des Ministerialblattes für die sächsische innere Verwaltung enthält Bestimmungen über: Deutscher Rundfunk, Nachweis höherer Kaufinteressens, Anlegung von Sparkassengeldern, Auslieferung von Grundsteuerausfällen, Heimatscheine, Verwendung von Krankenlastenmitteln zum Besuche von Versammlungen, Aufwertungsteuer, Aufwertungssteuer für Stimmabgabeneinräume, Umnahmestempel über Gewerbesteuer, Arbeitgeberabgabe, Grundsteuer und Aufwertungssteuer, Gewerbesteuer, Entrichtung der Abgabe von 30 Reichsmark für 1924 und 1925, Verichtigung von Gewerbesteueranmeldungen für das Rechnungsjahr 1923 nach § 12 Abs. 3 Satz 3 Gew-St.-G. vom 19. Juli 1923, Anzeigepflicht der Bezirksbediensteten, Anordnung über das Inkrafttreten der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten, Grundständige Entscheidungen der Gemeindeämter.

Vom Landtage.

Der Barnt-Untersuchungsausschuß setzte am Montag seine Arbeiten durch die Zuzugberechnung des sächsischen Gelehrten in Berlin, Dr. Gradnauer, des früheren Ober-Regierungsrats Wittgenstein und des Ministerialdirektors Dr. Frisfische fort.

Die Vernehmung des Dr. Gradnauer ergab folgendes: Von der Sitzung Barnts hat der Junge erst Ende des Jahres 1920 erfahren. Er wurde damals vom Wirtschaftsminister Schwarz erfaßt, eine Wirtschaftskommission nach Weisheit zu begleiten bzw. zu leiten, um den Versuch zu machen, an die belgische Regierung um den Zweck heranzukommen, Wirtschaftsschlüsse für die sächsische Regierung zu tätigen. Dagegen hat er niemals Lebensmittelgeschäfte organisiert.

Dr. Gradnauer hat Barnt im Januar 1921 in Anstrebam kennengelernt; zusammen mit Barnt hat er dann die Verbindung mit führenden belgischen Sozialisten aufgenommen, da ein Abzug der Waren damals nur auf diesem politischen Wege möglich war. Die belgischen Sozialisten haben sich bereitwillig in den Dienst der Aufgabe gestellt. Gemeinam mit diesen sei er dann an die belgische Regierung herantreten. Der damalige Minister der öffentlichen Arbeiten und jetzige Ministerpräsident führte die Verhandlungen, in denen man besonders auch die Frage prüfte, welche Waren aus Sachsen in Belgien eingeführt werden könnten. Aber Barnt äußerte sich die holländischen Sozialisten sehr anerkennend, außerdem fand Barnt in einem Freundschaftsverhältnis zu Troelstra, dem angesehensten Führer der holländischen Arbeiterbewegung. Im übrigen hat Dr. Gradnauer auch damals mit Barnt geschäftlich nichts zu tun gehabt, da seine Mission darin bestand, eine Verbindung mit der belgischen Regierung anzubahnen.

Später wurde von einem Berliner Blatt der Barntwurf erhoben, der Junge hätte von Barnt einen Kredit von 1000 Gulden bekommen. Das Gerücht hätte nur dadurch entstehen können, daß er von Barnt 10 holländische Gulden und 1000 belgische Frank leihweise mit dem Vorbehalt der späteren Verrechnung erhalten hätte, weil der Junge keine Gelegenheit hatte, sein deutsches Geld umzuwechseln. Der Betrag sei in vollem Umfang für wohltätige Zwecke verwendet worden, wobei amtliche Quittungen vorhanden sind, die auch dem Ankauf vorgelagt wurden. Die sogenannten Liebesgaben sind von der Frau des Jungen in Empfang genommen worden. Sie wurden ebenfalls für wohltätige Zwecke verwendet. Auch später habe seine Frau weitere Beträge für wohltätige Zwecke erhalten. Dr. Gradnauer hat es für durchaus angemessen gefunden, daß ein so reicher Mann wie Barnt von seinem Überfluß für die Armen und Bedürftigen abgibt. Eine Bevorzugung Barnts vor anderen Firmen sei nicht erfolgt; es handelte sich nur darum, den Mann nicht schlechter zu behandeln als jeden anderen.

Als sich das kommunistische Ausschußmitglied Siebert ebenfalls darüber äußert, daß es bei den Empfängen Barnts sehr großzügig und prachtvoll zugegangen sei, erwiderte Dr. Gradnauer, daß es bei den Veranstaltungen der Berliner Sowjet-Partei, denen er beigewohnt habe, unvergleichlich glänzender zugegangen sei als in Holland bei Barnt.

Auf die Frage, ob er von Barnt erfaßt worden sei, empfiehlt sich Dr. Gradnauer, den er als Zeugen in Empfang genommen worden. Sie wurden ebenfalls für wohltätige Zwecke verwendet. Auch später habe seine Frau weitere Beträge für wohltätige Zwecke erhalten. Dr. Gradnauer hat es für durchaus angemessen gefunden, daß ein so reicher Mann wie Barnt von seinem Überfluß für die Armen und Bedürftigen abgibt. Eine Bevorzugung Barnts vor anderen Firmen sei nicht erfolgt; es handelte sich nur darum, den Mann nicht schlechter zu behandeln als jeden anderen.

Die Vernehmung des früheren Oberregierungsrats Wittgenstein, zur Zeit Direktor der Kriegsgesellschaft für Haus- und Grundbesitz, der im Juni 1916 Leiter der sächsischen Landesfeststelle wurde und bis

zur Auflösung der Landesfeststelle die Aufbringung der Milch und Butter aus dem Lande und die Verteilung der vom Reich überwiesenen Mengen zu leiten hatte, erbrachte keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte, ebenso die Aussage des Ministerialdirektors Dr. Frisfische, früher Leiter der Lebensmittelstelle. Die nächste Ausschusssitzung findet am 27. Mai statt.

Tageschronik.

Waldbrand in Schlesien. Hoyerswerda, 18. Mai. Gestern nachmittag brach in den Wäldern des Barons v. Löttenstein auf Schloß Sohra im Gebiet Gersdorf ein Schloß Feuer aus, das schnell um sich griff. Zur Erlösung des Brandes waren aus den benachbarten Orten die Feuerwehren herbeigeeilt. Durch vereinte Anstrengungen es gelang, den Brand gegen 7 Uhr abends einzudämmen. Infolge des starken Windes wurde heute früh das Feuer von neuem angefaßt, konnte jedoch von den zahlreich anwesenden Feuerwehren und Hilfsmannschaften wiederum begrenzt werden. Die

Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt. Dem Feuer sind im ganzen 350 Morgen Schlag und 150 Morgen Wald zum Opfer gefallen.

Ämtliche Devisenkurse.

Table with columns for currency types (e.g., London, New York, Paris) and exchange rates for different dates (19.5, 19.5, 19.5, 19.5).

Wahl zur Hauptversammlung der Selbsthilfe. Krankenversicherung für den Mittelstand auf Gegenseitigkeit. Laut Beschluß des Aufsichtsrats vom 20. April 1925 ist das Wahlrecht bis zum 30. Juni 1925 auszuüben. Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Mitgliederstimmen bis zu diesem Tage bei dem zuständigen Wahlvorstand schriftlich abzugeben.

Stadtrechtsrat für sofortige Besetzung der Hebammen-Stelle. Die durch Todesfall freigewordene Stelle für Hebammen soll sofort besetzt werden. Bewerberinnen können Gesuche nebst Lebenslauf und Zeugnissen bis spätestens 1. Juni d. J. beim unterzeichneten Bürgermeister einreichen.

Neuapficht Schauspielerhaus. Aufführung: Julia und der Teufel. (S.-S.-G. Nr. 3301 bis 3500, Or. 2 Nr. 181 bis 200, S.-S. Nr. 2371 bis 2620) Anfang 1/8 Uhr. Donnerstag: Hahne Frauen. (S.-S.-G. Nr. 1 Nr. 2201-2600, Or. 2 Nr. 151-180, S.-S. Nr. 2621-2950) Anfang 1/8 Uhr.

Neues Theater. Die Gezeiten. - Der eingebildete Kranke. (S.-S.-G. Nr. 8301-8500.) Anfang 1/8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Donnerstag: Ge-schlossene Vorstellung. Residenztheater. Gräfin Marija. Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.

Centraltheater. Abends 1/8 Uhr: Gastspiel des Deutschen Künstler-Theaters zu Berlin: Blquette. Ende 1/11 Uhr.

Gastpflichtversicherungs-Gesellschaft sächsischer Landwirte. Dresden-N., Wiener Platz 1. Die nach § 12 der Satzung alljährlich abzuhaltende Hauptversammlung findet Montag, den 18. Juni 1925, 12 Uhr, mittags, in Dresden-N., Sidonienstraße 14, i. Nähe des Hauptbahnhofs im großen Sitzungssaal des Landeshauptstadts statt. Es folgt folgende Tagesordnung zur Vertretung und Beschlussfassung: 1. Vortrag des Jahresberichts und des Rechnungsabchlusses für das Jahr 1924. 2. Prüfungsbericht und Rechnungsprüfung der Jahresrechnung für 1924. 3. Stellungnahme zum Vorhaben gegen die „Wegens“. 4. Beschlußfassung betr. Übernahme der Gastpflichtversicherung von Kraftfahrern in Eigenversicherung. 5. Neuwahl im Direktorium. 6. Neuwahl im Verwaltungsrat. 7. Beschlüsse.

Familiennachrichten. Verlobt: Dr. Dr. med. Adolf Strauß mit Hed. Luella Selburg in Dresden. - Vermählt: Dr. Dr. med. Hans Otto v. Jodel mit Hed. Luella in Dresden-Briesen. - Geboren: Dr. Stadtbauamtmann Ernst Georg Stieglitz, Baumeister (48 J.) in Dresden-Cotta; Frau Hedwig geb. Rudrad (44 J.) in Dampfen; Frau Hedwig mine verw. Stieglitz (66 J.) in Dresden; Frau Anna verw. Reigenweber, verw. gen. Seppelt geb. Hoff (75 J.) in Dresden; Frau Clara verw. Sauer geb. Hillig (80 J.) in Dresden; Frau Emilie Bredar geb. Reiner in Dresden; Dr. Adolf Ernst Gerold, Oberpostinspektor i. R. (66 J.) in Leipzig. Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quelle nennung Bedingung. Für den Anzeigenentwurf verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden. Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.